

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. Viertelj. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 38, Alter-Terrasse 10. Ffyr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
45. Jahrgang **Hamburg, 21. November 1931** Nummer 47

Von der kapitalistischen Krisenbekämpfung

Während die Gewerkschaften ein klares Programm aufgestellt haben, wie die Krise am wirksamsten bekämpft werden kann, wie es möglich ist, aus der heutigen Misere herauszukommen, kann man darüber in der Arbeitgeberpresse recht widersprechende Ansichten finden. Nur über eins besteht Einmütigkeit, daß die Sanierung der Wirtschaft, wobei nur an die Unternehmer gedacht ist, auf Kosten der Arbeitnehmer erfolgen muß. Ob man ein Blatt der Schwerindustrie oder eine Zeitung für das Handwerk in die Hand nimmt, in beiden läßt sich die gleiche Tendenz feststellen: Heraus aus dem Tarifzwang, was bedeutet Abbau der Löhne, Abbau der sozialfürsorgereichen Maßnahmen des Reiches und der Länder und Verschlechterung des Tarifrechts.

Ehysen, als hervorragender Vertreter der deutschen Industrie, benutzte die Gelegenheit einer Reise nach den Vereinigten Staaten, um Vorträge zu halten und seinen amerikanischen Zuhörern mit ungeheuren Liebertreibungen von der Erhöhung der öffentlichen Ausgaben, die in Deutschland eingetreten seien, zu erzählen, ohne mit einem Wort auf die dafür vorhandenen Gründe einzugehen. Dadurch mußte bei den Zuhörern der Eindruck einer unerhörten Verschwendung in Deutschland entstehen, die sich selbstverständlich wieder kreditfahndigend auswirkt. Ähnliche Gedankengänge, wie die von Ehysen ausgesprochenen, kann man auch in den Arbeitgeberzeitungen für das Handwerk lesen, die, ganz wie die Schwerindustrie, einen Abbau der Unterstützungsätze in der Arbeitslosenversicherung wollen, weil sonst die Gefahr bestehe, daß die Unterstützungen an die Löhne der noch in Arbeit Stehenden heranreichen. Also erst ein gehöriger Abbau der Löhne, so daß diese fast nicht mehr höher sind als die Arbeitslosenunterstützung, und dann, damit die Arbeitslosen nicht etwa fast ebensoviel bekommen wie jene, die noch arbeiten, ein Abbau der Unterstützungsätze. So kann der Abbau umschichtig weitergehen, bis Löhne und Unterstützungen nach Auffassung der Unternehmer genügend gesenkt sind.

Gegen die allein sofort die Arbeitslosigkeit eindämmende Verkürzung der Arbeitszeit wenden sich alle Arbeitgeber mit den gleichen, durchaus abwegigen Argumenten. Die Arbeit soll dadurch verteuert werden. Demnach müßten alle Arbeiten im Bau- und in den Baunehengewerben im Winter teurer sein als im Sommer, denn in den Wintermonaten werden auf Grund der schlechten Lichtverhältnisse weniger Stunden am Tage und in der Woche gearbeitet als in den Sommermonaten. Es wird aber niemand, der die wirklichen Verhältnisse kennt, bestreiten, daß zum Beispiel die Malerarbeiten im Winter sehr oft zu niedrigeren Preisen ausgeführt werden als im Sommer, und der Arbeitgeber verdient auch dann noch in der Regel genügend dabei. Wenn schon jetzt im Winter nur 6½ oder 7 Stunden täglich gearbeitet wurde, ohne daß sich technische Schwierigkeiten ergaben, dann kann man das immer wieder von den Arbeitgebern in den Vordergrund gestellte Argument, daß die Verkürzung der Arbeitszeit aus betriebstechnischen Gründen abgelehnt werden müsse, überhaupt nicht anerkennen. Hat man nicht früher jede Verkürzung der Arbeitszeit, und wenn es sich nur um eine Stunde in der Woche handelte, als den Ruin des Gewerbes hingestellt? Was würden die Arbeitgeber, als noch täglich 10 Stunden gearbeitet wurde, gesagt haben, wenn ihnen eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden vorausgesagt worden wäre? Sie hätten

auch zu beweisen gesucht, daß es im Handwerk nie möglich sein würde, „nur“ 8 Stunden zu arbeiten, denn Betriebstechnik, Verteuerung der Arbeit, Zusammendrängung der Aufträge usw. stehe dem entgegen. Jetzt sind trotz des Achtstundentages während des ganzen Jahres selbst in der Zeit, in der man früher von Hochkonjunktur sprach, auch in unserm Gewerbe Tausende Arbeitsloser vorhanden, und die große Zahl des Nachwuchses sorgt dafür, daß selbst bei einer Vierzigstundenwoche diese Zustände noch Jahre hinaus bestehen bleiben.

Genau so falsch ist es, wenn die Arbeitgeber ihre ablehnende Stellungnahme mit der zu befürchtenden Zunahme von Schwarzarbeit begründen, die kommen würde, wenn die Gehilfen noch weniger lange als jetzt im Betriebe bleiben. Schwarzarbeit ist auch zu einer Zeit, als noch 10 Stunden im Malergewerbe gearbeitet wurde, geleistet worden; vielleicht in noch erheblicherem Umfange als in der Nachkriegszeit, in der die Arbeitszeit allgemein auf 8 Stunden heruntergesetzt wurde. Unsere Organisation hat in den 45 Jahren ihres Bestehens so oft auf die sozialen Nachteile der Schwarzarbeit hingewiesen, daß sie grundsätzlich von fast allen Kollegen verurteilt wird. Wenn jetzt tatsächlich Schwarzarbeit in größerem Umfange vorkommt, so ist das in erster Linie auf die große Arbeitslosigkeit und die sich daraus ergebende ungeheure Not zurückzuführen. Soll man jemanden scharf verurteilen, der nach monatelanger Arbeitslosigkeit, nachdem er vielleicht nur noch krisen-beziehungsweise Wohlfahrtsunterstützung bekommt, eine Arbeit übernimmt, um sich oder seiner Frau beziehungsweise den Kindern wieder einmal ein Kleidungsstück kaufen zu können? Die Frage der Schwarzarbeit ist gewiß eine solche der Aufklärung und Erziehung, noch viel mehr aber eine soziale beziehungsweise wirtschaftliche. Allen Malergehilfen Arbeit und Verdienst gegeben, und auch die Schwarzarbeit wird auf ein erträgliches Maß zurückgehen. Also keine Vermehrung der Schwarzarbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit, sondern umgekehrt, je mehr die Malergehilfen wieder in die Betriebe kommen und hier einen zum Leben ausreichenden Lohn erhalten — das ist allerdings die Voraussetzung — je mehr wird die Schwarzarbeit nachlassen.

Die Unternehmer machen ihre gesamten Kräfte mobil, um „von der Starrheit der Tarife“ loszukommen, was in einfaches Deutsch überfetzt heißt: um die Löhne zu drücken. Dieses Ziel steht fest, wenn auch einige Arbeitgeberzeitungen es bestreiten, zum Beispiel die „Sächsische Malerzeitung“, in ihrer Nummer 43 vom 25. Oktober schreibt:

„Für das Handwerk bleibt hier das Ziel weder ein zu hohes noch ein zu niedriges Lohnniveau, sondern ein gerechter Stand der Löhne, der Möglichkeiten zur Kapitalbildung gibt und eine ausreichende Kaufkraft zu steigender Bedarfserfüllung sichert.“

Was verstehen die Arbeitgeber unter einem gerechten Lohn? Wie hoch ist dieser? Auf alle Fälle liegt er aber wohl unter dem heutigen, durch Vereinbarung festgelegten Lohn, und darauf kommt es an. Was ein gerechter Lohn ist, darüber werden sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer nie verständigen; die Höhe des Lohnes wird vielmehr im wesentlichen immer ein Produkt der gegenseitigen Kräftemessung sein.

Besteht in der Grundtendenz Einmütigkeit im Arbeitgeberlager, so strebt man doch sofort auseinander, wenn Spezialfragen erörtert werden. Inwiefern ist ein Handwerksmeister an den von der Großindustrie hoch-

getriebenen Schutzzöllen interessiert? Zählen sie nicht oft dabei mit zu den Leidtragenden? Wird nicht auch ihr Lebensunterhalt mit durch die hohen Getreidezölle und Zölle auf sonstige Lebensmittel, die die Landwirte noch erhöhen möchten, heruntergedrückt? Und wird nicht durch die sich noch steigende Sparsamkeit, oft allerdings zwangsläufig erzwungen, die auch zur Vereinfachung des Verbrauchs führt, das Handwerk empfindlich getroffen? Mit Recht wird es in der schon erwähnten Nummer der „Sächsischen Malerzeitung“ abgelehnt, daß, wie es der Professor Schmalenbach, Köln, gelegentlich einer Versammlung des Vereins deutscher Eisengießereien wünschte, als dringender Bedarf nur ein aus dauerhaften Stoffen hergestellter konfektionierter Anzug anzusehen sei und jede andere männliche Kleidung mit einer Aufwandssteuer belegt werden müsse. Solche Methoden sind bestimmt nicht geeignet, die Wirtschaftskrise zu heilen.

Durch die bisherigen Maßnahmen sind wir immer tiefer in den Strudel der kapitalistischen Krise hineingerissen worden; es wird die höchste Zeit, daß man jetzt endlich dazu übergeht, den gewerkschaftlichen Forderungen Rechnung zu tragen.

Saben wir in Deutschland zuviel Menschen?

Der englische Nationalökonom Malthus stellte im Anfang des vorigen Jahrhunderts die These auf, daß die Bevölkerung die Tendenz habe, sich rascher zu vermehren als die zu ihrer Erhaltung erforderlichen Nahrungsmittel. Das hatten andere vor ihm auch schon gedacht und gesagt. Malthus ist jedoch dadurch berühmt geworden, daß er als Mittel gegen das von ihm befürchtete Verhungern der Menschheit — Enthaltensamkeit in der Kindererzeugung empfahl.

Malthus hat seinerzeit sicher in gutem Glauben seine These aufgestellt. Er sah die damalige Welt mit seinen Augen. In England selbst hatte der Industrialismus eben erst seine Flügel zu seinen ersten schüchternen Flügen entfaltet. Vielsach herrschten auch im Geburtslande des modernen Großkapitalismus noch recht rückständige Produktionstechniken. Auf dem Kontinent war die Technik allgemein noch weiter zurück. Amerika war noch mitten in seiner Kolonisation begriffen; es war noch nicht das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Soweit die europäischen Staaten schon Kolonien damals besaßen, war ihre „Kolonialpolitik“ noch weit mehr auf offenen Raub an den Eingeborenen beschränkt als heute, wo man eine mehr rationelle Ausnutzung als Rohstoffquellen vorzieht. Als Leberchuschländer für die Versorgung mit Nahrungs- und Genussmitteln, wie das heute zum Teil der Fall ist, kamen die Kolonien damals erst in geringem Maße in Betracht.

Es konnten also dem mit offenen Augen um sich blickenden Gelehrten in jener Zeit sehr wohl Bedenken darüber kommen, ob nicht eines Tages bei fortschreitender Bevölkerungszunahme Mangel an Nahrungsmitteln eintreten könnte. Heute wissen wir, daß ein solcher Mangel nicht zu befürchten ist; das selbst dann nicht, wenn die Bevölkerungszunahme noch ein rascheres Tempo einschlagen sollte, als es seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts geschehen ist. Heute ist es umgekehrt wie zu Malthus' Zeiten: heute hat die Erzeugung aller zum Leben notwendigen Bedarfsartikel ein Tempo erreicht, daß nicht nur der Bedarf aller Lebenden gedeckt werden kann, sondern darüber hinaus könnten noch weitere Millionen Menschen sattgemacht und behausung und bekleidet werden. Wenn trotzdem heute in Deutschland Millionen Menschen Not leiden, so deshalb, weil zuviel Lebensmittel und Bedarfs-güter hergestellt werden und vorhanden sind, die von denen, die ihrer bedürfen, nicht gekauft werden können. Millionen sind arm und leiden bittere Not — weil wir, volkswirtschaftlich gesehen, zu reich sind!

Es hieße Eulen nach Athen tragen, hundertmal schon Gesagtes noch einmal sagen, wollte man die Beweise dafür im einzelnen auch an dieser Stelle noch erbringen. Wir brauchen dabei nicht auf Amerika und die sattfam bekann-ten Vorgänge dort hinzuweisen. Was Brotgetreide anbetrifft, so haben wir ja auch in Deutschland die Tatsache zu verzeichnen, daß wir teures Brot essen müssen — nicht weil es zu wenig, sondern weil es zuviel Brotgetreide gibt! Die Verwendung von Kartoffeln zur Spiritusherstellung soll, so verlangen es die Agrarier, trotz mangelnden Bedarfs,

erheblich gesteigert werden — damit die für die menschliche Ernährung bestimmten Kartoffeln nicht zu billig werden! Auf den Wäldern der Kohlenbergwerke liegen Millionen Tonnen von Steinkohlen als unverkäuflich — und Millionen Menschen in den Städten sehen dem kommenden Winter mit banger Sorge entgegen, weil sie nicht wissen, wie sie sich gegen die Kälte schützen sollen. Kurzum: Millionen Menschen in Deutschland leiden Mangel am Notwendigsten, nicht weil es das Notwendige nicht gibt, sondern lediglich, weil sie es nicht kaufen können, — sie sind arbeitslos geworden, weil zuviel von diesen und allen andern zum Leben notwendigen Gütern erzeugt worden ist!

Vielleicht wendet man ein, daß zwar die Bevölkerungszahl in Deutschland allgemein sich nicht übermäßig vermehrt hat, daß jedoch die Zahl der Arbeitssuchenden größer geworden ist gegen früher und die Zahl der Arbeitslosen darauf zurückzuführen ist. Das würde zunächst zwar nichts an der Tatsache ändern, daß es mehr als genügend Lebensmittel und Bedarfsartikel gibt, um alle Bedürfnisse befriedigen zu können. Aber selbst das Argument, daß die Zahl der Arbeitssuchenden übermäßig zugenommen habe, kann nicht geltend gemacht werden. Ueber diese wichtige Frage entnehmen wir der Schrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Vierzig-Stunden-Woche die nachstehenden bedeutsamen Ausführungen:

Vor kurzem hat das Statistische Reichsamt versucht, die Gesamtzahl der Arbeitnehmer in Deutschland in den früheren und kommenden Jahren zu schätzen. Als „Arbeitnehmer“ wurden zusammengezählt Arbeiter, Angestellte, Hausangestellte und Heimarbeiter. Es ergaben sich die nachfolgenden Zahlen:

Mitte 1907 14,7 Millionen
 Mitte 1925 19,6 Millionen
 Mitte 1931 21,1 Millionen

In den nächsten Jahren soll die Zahl der Arbeitnehmer auf 20,8 Millionen (1933/34) zurückgehen. Anfang 1940 soll sie 21,9 Millionen wieder erreichen.

Im Zeitabschnitt 1907 bis 1925 hat also die deutsche Wirtschaft rund 5 Millionen neue Arbeitskräfte aufgenommen, im Zeitraum 1925 bis 1931 wurden ihr weitere 1,5 Millionen Arbeitskräfte angeboten. Auch unter Berücksichtigung des schicksalreichen Weges, den Deutschland vom Jahre 1907 bis 1925 zurückgelegt hat, kann man im Vergleich mit diesem Zeitabschnitt das Mehrangebot an menschlicher Arbeitskraft in den letzten sechs Jahren nicht als übermäßig hoch betrachten. Bei gleichem Entwicklungstempo wie früher hätte es leicht von der Wirtschaft aufgesaugt werden können.

Bei dieser Berechnung haben wir aber bisher einen sehr wichtigen Punkt außer acht gelassen: die Arbeitszeit. 1907 dauerte der Arbeitstag im Durchschnitt 9¼ Stunden, 1925 nur 8 Stunden. In runden Zahlen beanspruchte die Wirtschaft:

1907 140 Millionen Arbeitsstunden täglich
 1925 160 Millionen Arbeitsstunden täglich

Best werden ihr weitere 12 Millionen Arbeitsstunden angeboten. Die Frage lautet: Könnte die deutsche Wirtschaft bei der früheren Entwicklungsgeschwindigkeit und ohne Konjunkturrückfälle diese zusätzliche Arbeitskraft verwenden?

Der Zeitraum 1907 bis 1925 schließt 18 Jahre ein, darunter aber 5 Jahre der Zerstörung und noch mehrere Jahre, die mit der Zerstörung des zerstörten ausgefüllt waren. Für die eigentliche Wirtschaftsentwicklung bleiben also in diesem Zeitabschnitt kaum mehr als 10 Jahre übrig. Da in diesen 10 Jahren die tägliche Nachfrage der Wirtschaft nach menschlicher Arbeitskraft um 20 Millionen Stunden angewachsen ist, sieht man nicht ein, warum bei demselben Tempo der Entwicklung der Bedarf der Betriebe an Arbeitskraft nicht weiter um 2 Millionen tägliche Arbeitsstunden jährlich anwachsen dürfte.

Der Zustrom der Arbeitskraft in die deutsche Wirtschaft und besonders auf den Arbeitsmarkt war in den letzten Jahren nicht übermäßig groß. Die Katastrophe kam

nicht von der Seite der Bevölkerungszunahme her. Ihre Erklärung ist in den wirtschaftlichen Vorgängen zu suchen.

Die Frage, die wir in der Ueberschrift gestellt haben: „Haben wir in Deutschland zuviel Menschen?“ ist also in jeder Hinsicht zu verneinen. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß die Arbeitszeit verkürzt werden muß, um den Millionen gezwungen Feiernder neue Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Deshalb muß unser Ruf:

Her mit der 40-Stunden-Woche!

so lange erschallen, bis er von allen gehört und in die Tat umgesetzt wird.

Alarmierende Zahlen

Die anhaltende, sich in vielen Zweigen der Wirtschaft noch verschärfende Krise ließ schon vermuten, daß auch die Arbeitslosigkeit im Malergewerbe weitere Fortschritte machen würde. Die Erhebung über die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder für den Monat Oktober hat darüber Gewißheit gebracht. Die Verhältnisse haben sich weiter stark verschlechtert, so daß nur noch wenige Kollegen, rund 20 %, in Arbeit stehen. Fast 80 % unserer Kollegen leben also schon jetzt von den fargen Unterstützungen aus der Arbeitslosenversicherung oder, soweit sie schon lange zum Feiern gezwungen sind, den noch geringeren Unterstützungen, die sie als Wohlfahrtsverwalter erhalten. Ein trübes Bild, das unendlich viel Elend in sich schließt.

Zahlenmäßig wurde durch die Erhebung folgendes Ergebnis festgestellt. In den 167 berichtenden Filialen mit 51 138 männlichen und 105 weiblichen, zusammen 51 243 Mitgliedern waren 35 221 männliche und 23 weibliche, zusammen 35 244 gleich 68,8 vom Hundert arbeitslos. Sieht man von den 35 244 Mitgliedern, die durch die Erhebung festgestellt sind 7128 Lehrlinge ab, erhöht sich der Prozentfuß auf 79,4. Dieser hohe Satz ist mit Ausnahme der anormalen Verhältnisse während der Wintermonate 1923/24 noch nicht erreicht worden, so daß also schon jetzt mit Sicherheit vorausgesehen werden kann, daß die Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten eine noch nie gekannte Höhe erreichen wird. Ein Blick auf die hier folgende Tabelle läßt den Grad der Arbeitslosigkeit erkennen:

Monat	ES berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Januar	170	186	57 043	53 977	26 956	36 188	55,7	77,8
Februar	171	172	59 031	56 468	29 168	36 890	58,3	76,3
März	169	161	58 098	55 058	22 185	31 926	45,5	67,9
April	170	160	57 321	55 447	17 272	28 714	36,0	60,5
Mai	154	163	57 629	55 761	14 148	26 441	29,3	55,4
Juni	153	152	56 720	51 968	15 255	25 106	31,2	56,6
Juli	164	160	56 456	53 787	19 135	28 286	39,4	60,8
August	159	161	56 736	53 034	20 830	31 776	42,5	68,9
Septemb.	169	160	58 156	53 226	21 913	33 639	43,8	72,4
Oktober	160	167	55 848	51 243	30 825	35 244	52,1	79,4
Novemb.	166		57 348		24 534		62,2	
Dezember	169		56 858		35 519		73,2	

Auch die Zahl der kurzarbeitenden Kollegen hat gegenüber dem September noch eine, wenn auch geringe weitere Steigerung erfahren. Es wurden von ihr zur Zeit der Erhebung 3064 gleich 6 % der männlichen Mitglieder (im September 5,9 %) und 32 gleich 30,5 % (34,4 %) der weiblichen Mitglieder betroffen. Für 1853 männliche und 6 weibliche Mitglieder betrug die Arbeitszeitverkürzung 8 Stunden, für 589 männliche und 6 weibliche 9 bis 16 Stunden, für 377 männliche und 6 weibliche 17 bis 24 Stunden und für 245 männliche und 12 weibliche 24 und mehr Stunden die Woche.

Nicht berichtet haben diesmal die Filialen Bamberg, Braunschweig, Crimmitschau, Dammberg, Sindenburg, Rattowitz, Rönigsbütte, Ubed, Dirmasens, Rathenow, Schneidemühl, Schwerin, Erier und Würzburg, insgesamt 14 Filialen. Wir hoffen, daß auch diese ihrer Verpflichtung für November nachkommen werden.

Die katastrophale Verschlechterung der Arbeitsgelegenheit zeigt auch das diesmalige Ergebnis der Konjunkturberichte. Berichtsbogen wurden für 123 Malereibetriebe in 38 Filialen eingeleistet. In 39 Betrieben wurden 253 Kollegen neu eingestellt, dagegen von 82 Betrieben 668 Kollegen entlassen. Von den insgesamt Beschäftigten am Ende des Monats waren 452 Lehrlinge. Auf den einzelnen Betrieb kommen noch 15,8 Beschäftigte gegenüber 21,5 im September. Auch in der Bewertungsziffer 3,4 gegenüber 3,24 im September kommt die Verschlechterung der Geschäftslage klar zum Ausdruck. Die Konjunktur-entwicklung im letzten Jahre ist aus der folgenden Tabelle zu ersehen:

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit				Bewertungsziffer	
	gut		schlecht			
	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten		
1930 Oktober	10,3	18,9	27,9	43,2	61,8	3,18
November	6,0	20,9	22,0	40,5	72,0	3,18
Dezember	3,9	13,0	14,1	25,8	82,0	3,49
1931 Januar	2,2	7,8	11,9	17,2	65,9	3,88
Februar	0,7	1,1	21,2	41,8	78,1	3,56
März	6,6	16,4	34,4	37,7	59,0	3,30
April	11,8	30,4	37,0	37,0	51,2	3,02
Mai	13,6	32,9	42,4	36,3	40,0	2,88
Juni	11,5	19,3	42,6	53,8	45,9	3,08
Juli	9,1	15,2	28,1	44,0	62,8	3,25
August	3,1	5,6	28,7	54,6	68,2	3,34
September	4,8	11,3	33,1	53,4	62,1	3,24
Oktober	4,8	10,4	12,2	34,6	88,0	3,45

Die Beurteilung der täglichen Arbeitszeit muß besonders vorsichtig erfolgen, nachdem in einem Teil der Filialen schon Mitte Oktober eine tariflich festgesetzte Verkürzung der Arbeitszeit eintritt. Das Ergebnis, 50 Betriebe mit noch achtstündiger Arbeitszeit von insgesamt 123 läßt aber den Schluß zu, daß auch in vielen Betrieben, in denen es nach dem Tarife noch nicht zu erfolgen braucht, verkürzt gearbeitet wird. In einem großen Teil der Betriebe, 53, wird täglich 7 Stunden gearbeitet.

Der Tarifvertrag für Rheinland und Westfalen für allgemeinverbindlich erklärt

Von dieser Tatsache wurde uns in folgendem Schreiben des Reichsarbeitsministeriums Mitteilung gemacht:

Berlin, den 30. Okt. 1931
 Der Reichsarbeitsminister. Berlin-NW 40, Beh. 30/119
 -111-Nr. 2594/222 Par. 1. Schornhorststraße 35.

Entscheidung:
 Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird in angegebener Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzblatt 1928, I, Seite 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages
 - a) auf Arbeitgeberseite:
 Rheinisch-Westfälischer Maler-Innungsverband, Sitz Essen, als Bevollmächtigter der angeschlossenen Innungen;
 - b) auf Arbeitnehmerseite:
 Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weisbinder Deutschlands, Bezirk IV, Köln; Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufsangehöriger Deutschlands, Düsseldorf.

Aus den Anfängen des Theaters

Von Phönix

Gegenüberstellung von Kirche und Theater erscheint uns heutigen nur im gegensätzlichen Sinne möglich und denkbar. Aber das Theater und die Kirche — der Ausdruck im weitesten Sinne genommen als Organisationsform irgendeiner religiösen Gemeinschaft — haben viel gemeinsame Berührungspunkte.

Bei den Griechen ist das, was wir Theater nennen, zuerst entstanden; und dieses Volk hat auch zugleich die erste Blüte des Dramas hervorgebracht, das damals deshalb eine Volksschau im wahrsten Sinne war, weil seine Wurzeln tief in mythisches Denken und Fühlen hinabreichten. Und da der Mythos aus dem Unbewußten entspringt, dessen Konflikte und Strebungen er symbolisch darstellt, begreift man, mit welcher Gewalt diese Affekte sich im Drama, weiterhin im Theater überhaupt, entladen.

Aus dem Kult des Gottes Dionysos ist das Theater eigentlich hervorgegangen. Zuerst wurden Läten und Leiden des Gottes — er gehört in jene Reihe von Göttern, die, losmäßig Geschehen gemäß, zu leiden, zu sterben und wieder aufzuerstehen hatten — im Gesang vorgebracht; daran schloß sich gemeinschaftlicher Chorgesang; der Klage, Hoffen und endlicher Triumph der Kultteilnehmer, der Sphäroter also, angedrückt; und zuletzt gefellte sich hierzu ein zweiter Vortragender, der den Gegenüber des Gottes darstellte. So war das einfachste Schema der Tragödie gegeben: der Held, sein Widersacher und der Chor, die Gemeinschaft, die im Handeln sich selber erlebte.

Unvergängliche Kunstwerke entstanden auf dieser Gedank- und Gefühlshöhe. Und als die antike Kultur dahingeschwunden war, entwickelte sich allgemach aus gleichen Voraussetzungen eine ähnliche Kunst. Vor doch der Wesen des Christentums gleiche Momente: den erlösenden Gott, der durch Leid und Tod zur Verkörperung kam. Und so kam es, daß im Mittelalter in den

Kirchen sogenannte Mysterienspiele aufgeführt wurden, die entweder die Geburt des göttlichen Helden oder seine Passion behandelten. Die Oster-, Weihnachts- und Passionsspiele, die sich an vielen Orten bis auf den heutigen Tag erhalten haben, sind die letzten Sprößlinge an diesem Ast der Kunst.

Diese geistlichen Spiele erfreuten sich gewaltiger Anziehungskraft; ihr Stoffkreis dehnte sich mehr und mehr aus, und bezog schließlich auch Heiligenlegenden aller Art in sich. Dadurch kam weltlicherer Zug ins Ganze. Es konnte nicht fehlen, daß der Sang zur Ironie, zum Komischen, der bereits in der antiken Komödie seine Befriedigung gefunden hatte, wieder auflebte, und so finden wir in manchen mittelalterlichen Mysterienspielen Szenen, die nur allzu weltlicher Art waren. Bald wurden diese kleinen und größeren Dramen in den Muttersprachen abgefaßt, und allmählich stieg ihr künstlerischer Gehalt. Auch die Bühnentechnik vervollkommnete sich. Aus der ungeheuren Beliebtheit dieser Schauspiele ergab es sich von selber, daß der Kirchenraum bald zu beschränkt wurde. Man fing an, Geschmack an bunter und prächtiger Ausstattung zu finden — und so fügte es sich naturgemäß, das schließlich das Laienelement das der Priester zu überwiegen begann. Das weltliche Theater war geboren.

So ist das moderne Theater ebenso religiös-kultischen Ursprungs wie das antike. Unvergängliche Kunstwerke hat diese Gattung künstlerischer Betätigung aufzuweisen. Man darf nur die Namen Shakespeare, Goethe, Schiller, Lessing, Richard Wagner nennen! — und bis tief in die Gegenwart hinein hat das Theater seinen Platz als Kulturgut ehrenvoll behauptet. Immer war etwas mit ihm verbunden, das in Geisteshöhen und Gefühlstiefen wies. Ob das Theater je wieder seine alte Höhe wird erreichen können, Erträger gewaltiger, in den Tiefen der Menschennatur fest verwurzelter Gedanken- und Gefühlskomplexe zu sein, das muß die Zeit und Entwicklung zeigen!

Das hochentwickelte Handwerk bei den Römern

Das Taunusgebiet hat sich bisher als besonders günstig für Ausgrabungen gezeigt. Die langgezogene Kette des Limes, die Kastelle, die in regelmäßigen Abständen zur Verstärkung der militärischen Schutzlinie angelegt wurden, die bürgerlichen Ansiedlungen, die als natürliche Gefolgschaft der strategischen Stützpunkte auftraten, bilden reiche Fundgruben für Erzeugnisse römischer Kultur. Goldmittel, die ein reicher Deutschamerikaner zur Verfügung stellte, haben es in diesem Jahre ermöglicht, weitere Nachforschungen und Untersuchungen anzustellen. Wertvolle Funde wurden gemacht. Man fand Münzen aller Art, Gefäße, Waffen, Schmuck, Gerätschaften. In einem Brunnen wurde ein ganzes Kettenhemd gefunden.

Verschiedene günstige Umstände tragen dazu bei, die Funde unverfehrt in unsere Hände gelangen zu lassen. Die alten Römerkreuze sind meist in dicke Brandschichten eingebettet. Die ehemaligen römischen Bewohner hatten nämlich schon die Angewohnheit, ihre Häuser zu unterkellern. Bei Belagerungen sind die Häuser angezündet worden, sie sind dann zusammengestürzt und haben ihren Inhalt unter sich begraben und erhalten. Auch in alten Brunnenschächten aus jener Zeit hat man wertvolle Funde zutage gefördert. Offensichtlich handelt es sich bei manchen dieser Funde um Warenlager irgendeines römischen Händlers, der gezwungen war, zu fliehen und der noch schnell vorher seinen Besitz in einem Brunnenkasten versteckt hat.

Bei diesen jüngsten Ausgrabungen fand man auch — und dies ist bei den Ausgrabungen der Taunuskastelle zum ersten Male der Fall gewesen — ein ganzes Eisendepot. Wahrscheinlich handelt es sich um den Besitz eines Schmiedes. Die Werkzeuge und Gerätschaften, die man fand, sind noch recht gut erhalten und legen Zeugnis ab von der Kulturhöhe und technischen Handfertigkeit der römischen Handwerker. Die Ausgrabungen in ihrer Gesamtheit zeigen uns, wie eine bürgerliche Ansiedlung an den Grenzen des riesigen römischen Weltreiches gelegen, vor etwa 1700 Jahren ausgehoben hat.

- II. Schiedspruch vom 5. Mai 1931 über Wiederinkraftsetzung nebst Aenderung des Manteltarifvertrages mit Anhang und Ferienordnung vom 4. Juni 1929 ohne Lohnsätze).
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:
Gewerbliche Arbeiter im Maler-, Lackierer- und Anstreichergerwerbe. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht
 1. auf Arbeiter fachfremder Betriebe, die lediglich mit Instandsetzungs- oder Ergänzungsarbeiten für Betriebsanlagen oder mit Arbeiten beschäftigt werden, die zum Produktionsprozess gehören;
 2. auf die ständigen Arbeiter des Reiches, der Länder, der Gemeinden und sonstiger öffentlicher Körperschaften einschließlich der Reichsbahn;
 3. auf die unständigen Arbeiter dieser Körperschaften, die lediglich mit Instandsetzungs- oder Ergänzungsarbeiten beschäftigt werden.
- IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:
Regierungsbezirke Köln, Erier, Aachen, Düsseldorf, Arnberg, Regierungsbezirk Minden mit Ausnahme der Kreise Herford Stadt und Land, Minden, Lübbecke und der Orte Bielefeld, Gütersloh, Högter, Drillinghausen, Deynhausen, Rheda und Warburg, vom Regierungsbezirk Koblenz, Bad Kreuznach und vom Regierungsbezirk Münster, die Stadtkreise Gelsenkirchen, Bottrop und Gladbeck und der Landkreis Recklinghausen.
- V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 7 Ziffer 10 letzter Satz und § 13 (Tarifüberwachung) des Tarifvertrages vom 4. Juni 1929; sie erstreckt sich auf Lehrlingsbestimmungen nur insoweit, als nicht durch Handwerkskammern oder Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen anderweitigen Bestimmungen getroffen sind oder getroffen werden.
- VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Oktober 1931.
- VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit:
Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag, spätestens am 20. April 1932.

Im Auftrage: gez.: Dr. Sizer.

Beglaubigt: Saal, als Ministerial-Ranzleiobersekretär.

Eingetragen am 4. November 1931 auf Blatt 8030 und 10.141 I. B. Nr. 6 des Tarifregisters.

Der Gewerkschaftsfunktionär als Rechtskundiger

Die Klassengegensätze innerhalb der menschlichen Gesellschaft bringen es mit sich, daß der Arbeiter bei Not oder Bedrängnis seiner wirtschaftlichen Existenz sich nicht an irgendeinen beliebigen Mann wendet, der etwa Auskunft und Beratung gewerblich betreibt, sondern an den ihm klassenmäßig und menschlich nächststehenden Funktionär, an seinen Vertrauensmann, an den Angestellten seines Verbandes. Früher waren die Anforderungen, die der Kollege an die Rechtskenntnisse seines Funktionärs stellte, zweifellos nicht so bedeutend wie heute. Das erklärt sich einmal aus der ständigen Vermehrung der Rechtsauskunftstellen und zum andern auch daraus, daß wir früher mehr beständige Rechtsregelungen hatten. Aber innerhalb der letzten zwanzig Jahre ist das anders geworden. Dazu beigetragen hat auch die Schaffung der Arbeitsgerichte und die nahezu ausschließliche Vertretungsmacht der Verbandangestellten, Arbeitersekretäre usw. Es ergibt sich daraus zum Teil, daß sich die Arbeit in Umfang und Inhalt gewaltig vermehrt hat. Andererseits soll der einzelne Kollege auch gründlich und sachgemäß beraten werden. Dazu kommt die Schwere der Zeit, die nachweislich viel mehr Kollegen zur Rechtsauskunftstelle treibt, als jemals vorher. Die Zahl der Auskunftsuforderungen und Rechtsbehelfe Begehrenden wächst ständig.

Es ergibt sich daraus für den Funktionär die dringende Pflicht, um seine eigene Ausbildung in allen möglichen Sagesfragen ständig bemüht zu bleiben. Der Außenstehende macht sich selten eine richtige Vorstellung davon, welche Arbeitslast und welches Maß von Verantwortung auf dem Gewerkschaftsfunktionär lastet, denn es sind nicht nur die Fragen des täglichen gewerkschaftspolitischen Kampfes, die vom Funktionär zu lösen sind, sondern auch noch viele andere, teils privater Natur. Wer lange in einem solchen Amte steht, wird allmählich zu einem Rechtspraktikanten. Die Tätigkeit setzt Arbeit voraus. Sie bedingt, daß der Angestellte sich laufend über Neuerungen auf allen in Frage kommenden Rechtsgebieten unterrichtet, daß er mit nie erlassender Aufmerksamkeit das Reichsgesetzblatt, das Reichsarbeitsblatt und die Fachzeitungen lesen und zugleich sich ständig über die neuesten Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und des Reichsversicherungsamts unterrichtet. Dazu kommen Sonderentscheidungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und ähnlichen Spezialgebieten, die dauernde Aufmerksamkeit erfordern. Wenn man schließlich noch an die Aenderungen bestehender Gesetze durch das Bukett der Notverordnungen denkt, so kann man sich einen Begriff von der geistigen Arbeit des Funktionärs machen. Die Erledigung der vielen kleinen Funktionen und Aufträge, besonders aber die Durchführung eines Rechtsstreites setzt eine sorgfältige und liebevolle Beschäftigung mit vielen Einzelheiten voraus.

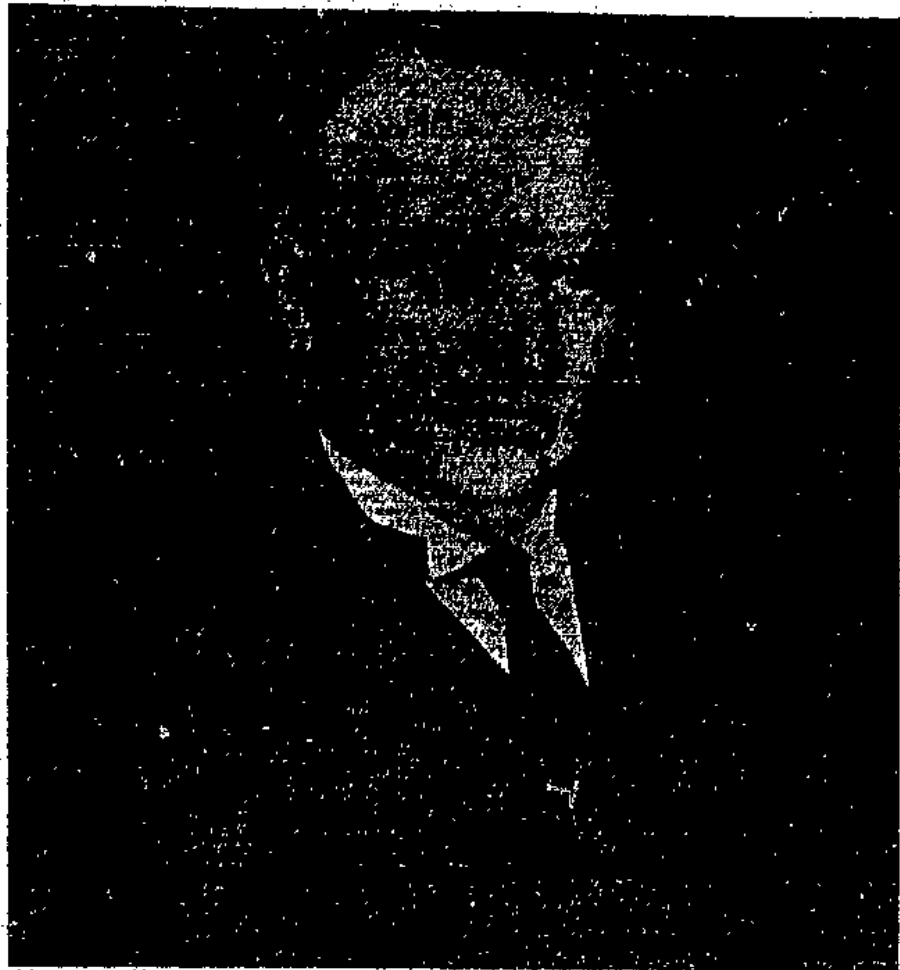
Der vertretene Kollege schenkt seinem Angestellten volles Vertrauen und erwartet dafür auch tatsächliche Hilfe. Es ist daher gar nicht möglich, den Fall oberflächlich oder flüchtig zu behandeln, weil der Hilfesuchende andernfalls bitter enttäuscht würde, was sich immer zum Nachteil der Organisation auswirkt. Der Angestellte übt ein verantwortungsvolles Amt nicht ohne die Erwartung aus, daß die Kollegenchaft Verständnis und kollegiale Solidarität in all den Fällen beweist, in denen geschlossenes und tatkräftiges Vorgehen gegen Feinde der Bewegung erstes Gebot der Stunde ist. Immer steht er an vorder-

Ein schwerer Verlust

Aus Berlin erreichte uns die Kunde, daß der Präsident des preussischen Landtages, Kollege

Friedrich Bartels

den wir noch im März dieses Jahres im „Maler“ zu seinem 60. Geburtstag gratulieren konnten, am Mittwoch, 11. November, nach einer vorgenommenen Operation, verstorben ist. Unser damals ausgesprochener Wunsch und unsere Hoffnung, daß er der deutschen Arbeiterbewegung noch viele Jahre bei bester Gesundheit erhalten bleiben möge, hat sich also leider nicht verwirklicht. Mit Friedrich Bartels hat nicht nur unsere Organisation einen treuen Kämpfer verloren —



der Verstorbene gehörte ihr über 40 Jahre an — sondern vor allem auch die Sozialdemokratische Partei. Er war einer aus der alten Schule, der seiner Gewerkschaft und Partei mit vollen Hingabe diente und unverbrüchliche Treue hielt.

Friedrich Bartels wurde am 28. März 1871 in dem vormaligen Städtchen Laubitz geboren. Hier erlernte er auch das Malerhandwerk. Seine Wanderschaft führte ihn nach Hamburg, wo die Kollegen bald seine überragenden Fähigkeiten und seinen Eifer erkannten und ihm mancherlei Ehrenämter übertrugen. So wurde er schon im März 1902 in die Agitationskommission gewählt, war Delegierter auf den Generalversammlungen 1900 in Würzburg, 1903 in Berlin und 1905 in Hamburg. 1903 avancierte er zum Revisor der Hauptkasse. 1905 wurde er Bezirksleiter für unsern 3. Bezirk. Schon vorher, als er noch beruflich als Maler tätig war, wurde er in die Hamburger Bürgerschaft gewählt. 1906 wählte die Sozialdemokratische Partei Schleswig-Holsteins Friedrich Bartels zu ihrem Bezirkssekretär, in welcher Stellung er seine großen organisatorischen Fähigkeiten besonders entfalten konnte. 1913 berief ihn der Parteitag in den Hauptvorstand der Sozialdemokratischen Partei in Berlin, wo sich sein großes Wissen und Können wiederum aufs beste bewährte. Der ungeheure Kräfteverbrauch in den Kriegsjahren und in der Nachkriegszeit zermürbten aber auch seinen Körper.

Seit langen Jahren Mitglied des preussischen Landtages, wurde der Verstorbene 1925 von diesem Parlament zum Präsidenten gewählt. Er hat sich als solcher auch bei den politischen Gegnern ein hohes Ansehen errungen, mußten sie doch seine Sachlichkeit, Objektivität und überlegene Art der Geschäftsführung anerkennen.

So war Friedrich Bartels zu jeder Zeit ein Vorbild für uns, dessen großen Verdienste um die Arbeiterbewegung wir hier nur anzudeuten vermochten.

ster Stelle im Angriff. Immer treffen ihn die Schläge und Verleumdungen des Gegners zuerst. Hier nun beginnt die Aufgabe der Kollegenchaft. Sie besteht darin, dem Manne, dem sie durch Berufung in dieses Amt Vertrauen geschenkt haben, Solidarität und Treue zu zeigen. Erfreulicherweise haben sich die gegnerischen Versuche, das Vertrauen der Massen zu ihren Führern zu erschüttern, bereits als undurchführbar erwiesen. Noch steht eine mächtige Front unerückter. Noch hat die Kollegenchaft dem selbstgewählten Führer die Gefolgschaft nicht ver-

Riesensummen hat unsere Organisation in den letzten Jahren für Unterstützungen aller Art an die Mitglieder ausgegeben!

sagt; denn das ist ja gerade der Unterschied zum System der Diktatur, daß dort der Führer nicht gewählt, sondern diktiert wird. Er wird der Masse vor die Nase gesetzt und mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet. Damit würde alles das über den Haufen geworfen, was sich der Arbeiterschaft an Rechten der Selbstbestimmung und der Meinungsfreiheit geschaffen hat. Sind aber Führer und Arbeiterschaft einig, so kann eine Welt von Feinden Sturm laufen, ohne daß die Front wankt. Beide sind aufeinander angewiesen, zusammen verknüpft durch das Band der Klassengemeinschaft und des täglichen Kampfes um hohe Ziele.

Baugewerbliches

Arbeit für die Bauarbeiter.

Der Berliner Stadtbaurat Wagner, der schon wiederholt Pläne zur Aufbesserung des Wohnungsbaues vorlegte, veröffentlicht ein neues Programm, durch das 75 000 Bauarbeiter in und um Berlin Beschäftigung finden sollen. Wagner propagiert die Stadtrandbesiedlung und die Idee des „wachsenden Hauses“, für das der Siedler erst das Geld für die niedrige Nacht, dann für die Erschließung des Grundstücks und schließlich für den ersten und zweiten Wohnraum bei einer städtischen Bauparkasse spart, die dann die Mittel für die ersten Ansiedlungen zur Verfügung stellt.

Seine weitere Forderung geht nach einem Reparaturzwang für haufällige Häuser. Die Grundbesitzer sollen veranlaßt werden, durchgehend 1/2 % des Bauwertes eines jeden Hauses für Reparaturen auszugeben. Allein dadurch sollen 20 000 Bauarbeiter im Jahre Beschäftigung finden können.

Die Vorschläge sind mindestens einer näheren Prüfung wert, wobei sich allerdings noch mancherlei Schwierigkeiten herausstellen dürften.

Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft.

Eine Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers vom 26. Oktober bringt eine neue Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft und des Mieterschutzes. Zunächst wird die Geltung des Wohnungsmangelgesetzes für eine Anzahl von Wohnungsgruppen, beginnend mit einer Jahresfriedensmiete von 1200 M und mehr (in Berlin) bis hinab zu einer Miete von 240 M und mehr (gestaffelt nach Ortsklassen) grundsätzlich aufgehoben. Diese Wohnungen werden also von der Bewirtschaftung durch das Wohnungsamt frei. Sie unterliegen jetzt der uneingeschränkten Verfügung des Hauseigentümers. Für Geschäftsräume gilt nach der neuen Verordnung das Wohnungsmangelgesetz überhaupt nicht mehr.

Zu beachten ist, daß das freie Kündigungsrecht des Vermieters durch die Voraussetzung dieser Räume aus der Wohnungszwangswirtschaft noch nicht eintritt. Das hierfür maßgebliche Mieterschutzgesetz wird aber durch die neue Verordnung ebenfalls in seinem Geltungsbereich beschränkt. Die Vorschriften über Mieterschutz und Mieteinigungsämter gelten nämlich nach der neuen Verordnung nicht mehr für Wohnungen, deren Jahresfriedensmiete 1800 M und mehr (in Berlin) und bis zu 400 M und mehr in den Orten der Ortsklasse B beträgt. Ferner werden diese Bestimmungen für Geschäftsräume überhaupt außer Kraft gesetzt. Für die Weitervermietung und Neuvermietung aller dieser Räume wird ferner auch das Reichsmietengesetz außer Kraft gesetzt, so daß hier die freie Mietvereinbarung von jetzt an zugelassen ist.

Am 9. November tritt beim Reichsjustizministerium ein Ausschuss von Ländervertretern zur Beratung eines Gesetzesentwurfes über das soziale Miet- und Wohnrecht zusammen. Das Gesetz ist in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 als Voraussetzung für die völlige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft bezeichnet worden. Wie wir hören, ist den Ländern zur Vorbereitung der bevorstehenden Besprechung ein Fragebogen zur Ausfüllung übersandt worden. Die Länder haben sich ihrerseits wiederum an die Interessenvertretungen des Grundbesitzes, der Mieter, des Handels und der Industrie gewandt. Das Material wird den Beratungen am 9. November zugrunde liegen.

Gewerkschaftliches

Ein gewerkschaftlicher Erfolg.

Im Lohnkonflikt der Berliner Metallindustrie wurde am Montag, 9. November, folgender Schiedspruch gefällt: Die Geltungsdauer des bisherigen Abkommens wird verlängert. Das Abkommen ist mit vierzehntägiger Frist zum Schluß der Lohnwoche erstmalig zum 13. Dezember 1931 kündbar.

In der Begründung dazu wird gesagt, daß die Gestehungskosten in der Berliner Metallindustrie wesentlich gesenkt werden müssen, wenn insbesondere die auf Ausführung angewiesenen Betriebe wettbewerbsfähig bleiben sollen. Es widerspricht aber der sozialen Gerechtigkeit, diese Senkung immer wieder nur von der Lohnseite her vorzunehmen. Außerdem kann die Lebensmöglichkeit der Arbeiter in der Bemessung des Lohnes nicht unberücksichtigt bleiben. Jede gesellschaftliche Arbeit verliert ihren Sinn, wenn die Erträge nicht wenigstens die zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Ausgaben decken.

Solange die Lebenshaltung nicht durch eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise wesentlich verbilligt wird, oder wenn das aus agrarpolitischen Erwägungen nicht erreichbar ist, solange nicht die Mieten gesenkt und die Tarife für die städtischen Unternehmungen, Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr herabgesetzt und die Abzüge für Steuern und Sozialversicherung verringert werden, ist eine weitere Kürzung der Bezüge der Arbeitnehmer nicht möglich.

Vor allem muß die Fahrt von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück verbilligt werden. Es ist auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten, daß der Facharbeiter 6%, der ungelernete Arbeiter 8 bis 12% und die Arbeiterin und der jugendliche Arbeiter 15% und mehr ihres Nettolohnes hierfür aufwenden müssen.

Hier ist endlich einmal von einem Schlichtungsausschuß ein von den Gewerkschaften zu billigender Standpunkt eingenommen worden; denn es wird darin zugegeben, daß die Senkung der Gesehungslosten nicht nur auf Kosten der Arbeiterschaft vorgenommen werden darf. Leider sind auch noch in den letzten Wochen Schiedsprüche gefällt worden, in denen man keinen Hauch von dem Geiste, der aus der Begründung des Schiedspruches für die Berliner Metallindustrie spricht, findet.

Nur erheiternd kann es wirken, wenn die RGO jetzt behauptet, daß der gefällte Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie nur auf ihre Tätigkeit zurückzuführen ist.

kurzes. Die obigen Zahlenreihen zeigen jedenfalls, daß die Großhandelspreise in einigen Ländern unter dem Vorkriegsstand liegen. Da die Indexzahlen der Großhandelspreise nicht aber gleichmäßig in jedem Lande errechnet werden, sind die Zahlen nicht ohne weiteres miteinander vergleichbar.

Sozialpolitisches

Gilt das nur für Amerika?

Der amerikanische Zeitungskönig William Randolph Hearst erklärte sich zugunsten der Durchführung des Sechsstundentages in den Vereinigten Staaten. Es sei dies das einzige geeignete Mittel, um der Arbeitslosigkeit abzuwehren. Zu seiner Durchführung fordert er die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz aus Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, um die Maßnahmen zu unterzüglicher Verwirklichung zu beraten.

Es sei zur Gewohnheit geworden, daß die Unternehmer den vollen Ertrag der Rationalisierung („Arbeitsparenden Maschinerie“) in Gestalt von Kapitalneubildung einheimen und die Arbeiterschaft um ihren verdienten Anteil an dem Ertragnis bringen. Der Ertrag der Rationalisierung müsse gerecht verteilt werden in Gestalt von Unternehmerprofit, niedrigen Preisen und verkürzter Arbeitszeit. Diese Ansicht des Zeitungschefs wird durch die weitverbreiteten Blätter seines Unternehmens im Lande propagiert.

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund begrüßt diesen Vorstoß des Zeitungskönigs in einer öffentlichen Erklärung seines Präsidenten.

Wird's der Preisensenkungsausschuß schaffen?

Es besteht in Deutschland kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, die zum Teil künstlich hochgehaltenen Preise zu senken und so der durch die Krise und ihren Folgeerscheinungen geschwächten Kaufkraft anzupassen. Wie aber dieser Prozeß vor sich gehen soll, darüber gehen die Meinungen, besonders zwischen den Unternehmern und Arbeitern, weit auseinander. Um das Problem praktisch in Angriff zu nehmen, ist vom Wirtschaftsbeirat ein Ausschuß gebildet worden, der sich mit der Frage der Herabsetzung der Produktionskosten und Preise befassen soll. Die Aufgabe ist schwer. Vor allem aber wird dafür gesorgt werden müssen, daß die Preisensenkung nicht auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiterschaft erfolgt.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße Nr. 59. Auskünfte bereitwilligst.

Gebrauchsmuster.

Rl. 75 d. 1193 223. Uniformbilder des deutschen Meeres als Beilageblättchen für Zigarettenpackungen. Walter Schreyer, Dresden-L, Fürstenplatz 6.

Rl. 75 c. 1193 221. Walze zur Nachahmung der Maserung von schwedischer Birke. Josef Heinrichsmeyer, Hovelhof, Kreis Paderborn.

Rl. 75 c. 1193 238. Hilfsunterlage zur Anbringung von Zeichen usw., besonders für Reklameschriften. Hugo Dachinger, Leipzig C 1, Reußstraße 10.

Rl. 75 c. 1193 373. Schutzsteg für frisch gestrichene Treppenauftritte. Jacob Dillenburger senior, Essen, Stobbestraße 1.

Rl. 75 c. 1193 392. Lineal- und Schablonenhalter für Anzeigevorrichtung der Sentrecht. August Kirner und Reinhold Rämmler, Luedenwalde, Neue Baruther Straße 7.

Erteilte Patente.

Rl. 75 c. 538 814. Strahlkopf für Verstärker. Albert Krausberger, Holzhausen bei Leipzig.

Rl. 75 c. 538 623. Farbnormentafel. Karl Luers, Dresden, Eisenacher Straße 7.

Angemeldete Patente.

Rl. 75 c. 205. 30. Vorrichtung zum Auftragen von Blattgoldfischen. Firma Leonhard Kurz, Fürth i. Bay., Friedrichstraße 5.

Rl. 75 c. U. 157. 30. Verfahren zur Erzeugung von Schriften oder dergleichen auf Reklame- und Ankundigungsschildern. J. G. Farbenindustrie AG., Frankfurt am Main.

Wirtschaftspolitisches

Genossenschaftliches

Die „Vollsfürsorge“ in den Krisenmonaten.

Die ungünstigen Voraussetzungen für die Lebensversicherungsunternehmungen brachten zweifellos die letzten Monate. Diese Zeit, die charakterisiert wird durch die Zwangslage der Banken und Sparkassen infolge der starken Abhebungen von Guthaben und die dadurch bedingte Geldknappheit, hat auch viele Versicherungslustige vom Abschluß einer Lebensversicherung abgehalten. Unsere „Vollsfürsorge“ hat sich, wenn man die gegebenen Verhältnisse berücksichtigt, in diesen Monaten gut gehalten. Es wurden vom Juli bis September in der Vollversicherungsgesellschaft (Versicherungssumme bis 3000 M.) insgesamt 56 112 neue Versicherungsanträge mit rund 22 Millionen Mark Gesamtversicherungssumme eingereicht. Für die große Lebensversicherung (Höchstversicherungssumme bis zu 10 000 M.) wurden im 3. Quartal 676 Anträge mit rund 1 1/2 Millionen Mark Versicherungssumme hereingebracht.

Inzwischen haben nun die verschiedensten Maßnahmen der Regierung, privater Organisationen und Behörden auf die Bevölkerung beruhigend gewirkt. Von einigen verantwortungslosen Persönlichkeiten wird allerdings die Bevölkerung noch immer verängstigt durch deren Bestrebungen, Währungsexperimente (Binnenwährung, Roggenwährung usw.) durchzuführen.

Es kann nun auch gesagt werden, daß ausreichende Gründe dafür fehlen, den Abschluß einer Lebensversicherung noch weiter zu vertagen. Wer glaubt, wegen seines jetzmalen Berufes die Prämien nicht erschwigen zu können, sollte sich vor seiner endgültigen Entscheidung die Tarife der „Vollsfürsorge“ durchsehen, die so gestaltet sind, daß selbst bei kleinsten Einkommensverhältnissen die Prämie immer noch erübrigt werden kann. Auch braucht niemand zu fürchten, im Falle eintretender Arbeitslosigkeit oder sonstwie bedingter Zahlungsunfähigkeit die eingezahlten Summen zu verlieren. Die „Vollsfürsorge“ hat in ihren Versicherungsbedingungen Vorzüge getroffen, daß in diesem Falle die Versicherung in eine prämienfreie umgewandelt und bei Wiedereintritt der Zahlungsfähigkeit die Wiederinkraftsetzung beantragt werden kann.

Wirtschaftspolitisches

Die Rohstoffpreise steigen.

Im Monat Oktober hat sich am Weltmarkt bei verschiedenen Rohstoffen ein Umschwung vollzogen, der bereits im September eingesetzt hatte. Der Umschwung ist namentlich bei Getreide festzustellen. Teilweise war eine Preiserhöhung um mehr als 30% zu verzeichnen. Höher lagen Ende Oktober Weizen, Mais, Roggen, Gerste, Kaffee, außerdem Kupfer, Gummi, Petroleum und namentlich Baumwolle. Eine Preisbelebung bei den Rohstoffen wird oft als ein Wendepunkt der Konjunktur bezeichnet. Wenn das so ist, so hätte der Monat Oktober den Tendenzumschwung in der Weltkonjunktur vorbereitet.

Die deutschen Auslandsschulden.

Nach den Feststellungen der Reichsbank ergibt sich nach dem Stande vom 28. Juli 1931 eine deutsche Auslandsschuldung von 12 Milliarden Mark an kurzfristigen Schulden (weniger als 12 Monate) und 11,5 Milliarden an langfristigen Schulden. Nicht berücksichtigt sind in diesen Ziffern die Anlagen des Auslandes in Deutschland (Aktien, Grundstücke usw.). Es ergibt sich also eine gesamte Auslandsschuldung in Höhe von 23,5 Milliarden Mark.

Internationale Preisentwicklung.

Die Indexzahlen der Großhandelspreise sind noch nicht zum Stillstand gekommen. In allen Ländern ist noch ein weiterer Rückgang zu beobachten. Die Preisentwicklung der einzelnen Staaten ist nicht gleichmäßig verlaufen. Die nachstehende Zusammenstellung bietet einen Überblick über die Preisgestaltung in einzelnen Ländern:

Indexzahlen der Großhandelspreise (auf Goldbasis, Durchschnittstand 1913 = 100)

	Deutsch-land	Eng-land	Frank-reich	Dän-mark	Italien	USA
1928 Durchschnitt	137	137	124	130	134	138
1929	125	120	108	117	117	124
April 1931	114	106	98	108	110	105
Juli 1931	112	102	93	114	108	100
August 1931	110	99	90	110	105	101
September 1931	109	93	87	108	-	99

Von den angezogenen sechs Ländern sind die Preise in Deutschland und Österreich am wenigsten zurückgegangen. Am stärksten war der Rückgang in Frankreich. Bezüglich England ist die Septemberziffer 1931 eingeschätzt auf die Goldbasis auf Grund des Dollar-

erforderlich, daß der Staat zur Deckung seiner Ausgaben nicht zum verhängnisvollen Mittel des Notendrucks greift. Die Vermeidung dieses Mittels ist aus zwei Gründen erforderlich: einmal, da die Grenze des einmal begonnenen Notendrucks zu Staatszwecken nicht abzusehen ist, zum andern und in Verbindung damit, da in diesem Fall das Vertrauen der Bevölkerung in den Wert der Reichsmark erschüttert werden kann. An sich kann aber eine Vermehrung der Zahlungsmittel, solange sie sich in mäßigen Grenzen bewegt, keine Inflation herbeiführen, zumal wenn die Neuausgabe nur solche Zahlungsmittel ersetzt, die dem Verkehr entzogen wurden. Die in Frage stehende Summe ist an sich bei weitem nicht so groß, daß davon eine Preissteigerung, in der sich die Inflation ausdrückt, ausgehen könnte. Die Gegner der Ausgabe von Scheidemünzen betonen den Unterschied zwischen Scheidemünzen, die stets im Verkehr bleiben können, und der Bankkredite, die nach ihrer Rückzahlung aus dem Verkehr verschwinden. In dessen haben auch die Banknoten, die von der Reichsbank neu zu den bisher ausgegebenen hinzukommen, denselben Charakter und ebenso auch die Bankkredite, die gewährt werden, ohne daß ihnen Einlagen in entsprechender Höhe durch Kreditrückzahlung gegenüberstehen. Die so geschaffenen neuen Zahlungsmittel unterscheiden sich nicht wesentlich von den Scheidemünzen. Eine Geldentwertung braucht trotzdem aus einer solchen Vermehrung der Zahlungsmittel nicht zu entstehen, solange sie bestimmte Grenzen nicht überschreitet. Diese Grenzen sind aber in Deutschland angesichts der Einschränkung der Kreditbasis durch die Kreditkündigungen noch bei weitem nicht erreicht. Dem Staat sind durch die Kreditkrise schwere Verluste an Steuer- und Zolleinnahmen entstanden, die nun durch den Mängewinn ersetzt werden sollen. Im übrigen gilt für die Verhütung der Inflation das Wort, das vom französischen Staatsmann Gambetta seinerzeit in einem ganz andern Zusammenhang gebraucht wurde: Immer daran denken, nie davon sprechen. . . . Harmlose Maßnahmen können, wenn sie fälschlich als Inflation bezeichnet werden, das Mißtrauen des In- und Auslandes erwecken, dadurch sowohl den Wechselkurs (den Wert der Reichsmark im Ausland) verschlechtern, wie auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durch Flucht in die Sachwerte erhöhen, und dadurch in der Tat eine Inflation künstlich heraufbeschwören.

Wirtschaftspolitisches

Sozialdemokratischer Adresskalender für das Jahr 1932. Dieser Kalender, der schon den Weltkrieg und die Inflation überlebt, behauptet sich auch in der großen wirtschaftlichen Krise. In seine Auflage für 1931 reichte nicht aus, um die rege Nachfrage zu befriedigen. Kein Wunder; denn er bietet ungemessen viel für zwei Mark, die er kostet. Alle wichtigen Daten aus Politik und Arbeiterbewegung sind verzeichnet und bis zu den jüngsten Ereignissen registriert, und da findet man die Geburts- und Sterbetage aller großen Dichter und Denker. Jeder Tag bringt ein Bild, das vielfach in Beziehung zum entsprechenden Datum steht. Reichhaltiger noch sind die Adressen. Der 16. aber den neuesten Stand der Arbeiterorganisationen — es sind nahezu 100 — unterrichten will, findet hier authentisches und unbedingt zuverlässiges Material aus der Partei, den Gewerkschaften, den Sportvereinigungen usw. Er erhebt im Besonderen die Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, und ist durch jede Partei- und Gewerkschaftsbuchhandlung zu beziehen.

Wirtschaftspolitisches

Der widerlegte Bolschewik. Dr. Rolf Wathe: „Der Zusammenbruch“. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin SW 68, 40 Seiten. Mit Umschlag und Bild. Preis 15 S. 1931. In dieser kleinen Schrift trägt Dr. Rolf Wathe sehr wirkungsvoll das mächtige Dokumentenmaterial noch einmal zusammen, das den Dolchstoß dorthin befördert, wohin er gehört: auf den Schutthaufen der politischen Heimgärten.

Hunger und Liebe. Was Hunger und Liebe naturwissenschaftlich eigentlich sind, in welcher Weise diese Triebe sich in der Gesellschaft auswirken, darüber schreibt und eröffnet zugleich den 8. Jahrgang der „L' a n t a“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, Julius Schögel. Festschriftliche Hefen illustrieren wirksam den Text. Der Inhalt dieses Heftes ist auch sonst sehr reichhaltig. Probehefte, Prospekte und Material zur Werbung werden von dem Urania-Freidener-Verlag in Sena Interessenten gern kostenlos zur Verfügung gestellt.

Kinderland 1932. Das Jahrbuch für Kinder, „Kinderland 1932“, ist soeben erschienen. Von Jahr zu Jahr gewinnt dieses neue Freunde zu den schon vorhandenen. Ein Beweis dafür: Das Kinderland 1931 war Wochen vor Weihnachten im vorigen Jahre ausverkauft. Der Kinderlandkalender ist von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde herausgegeben. Die Bearbeiter Hans und Mimi Weinberger haben es verstanden, im Jahrbuch 1932 den positiven Gestaltungsdrang der Bewegung lebendig zu zeigen.

Protokoll der Verhandlungen des vierten Bauarbeiterkongresses, abgehalten am Montag, 8., und Dienstag, 9. Juni 1931 in Berlin. 120 Seiten. Berlin 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ladenpreis 1,90 M., Organisationspreis 1,50 M. Das Protokoll wird nicht nur Gewerkschaftsfunktionären, Mitgliedern der Bauarbeiterkongresskommission und den Bau- und Glasbelegierten, sondern auch Betriebsleitern, Vorkränen und den Baukontrollleuten bei ihrer Aufgabe, Unfall- und Gesundheitsgefahren im Baugewerbe zu beobachten und zu beseitigen, ein sehr erwünschter Helfer sein.

Vom 15. Nov. bis 21. Nov. ist die 47. Beitragswoche. Vom 22. Nov. bis 28. Nov. ist die 48. Beitragswoche.

Wirtschaftspolitisches

Wirtschaftspolitisches

Wirtschaftspolitisches

Wirtschaftspolitisches

Wirtschaftspolitisches

Wirtschaftspolitisches

Wirtschaftspolitisches

Wirtschaftspolitisches

Wirtschaftspolitisches

Wirtschaftspolitisches

Wirtschaftspolitisches

Wirtschaftspolitisches

Wirtschaftspolitisches

Wirtschaftspolitisches